

Bericht aus dem Kantonsrat

Sitzung vom Montag, 2. Mai 2016

Verfasser: Hans W. Wiesner

Einzelinitiative von Arthur Terekhov über Besteuerung von Eigenheimen (Andreas Hauri)

Der Initiant beantragt die Abschaffung der Besteuerung des fiktiven Einkommens als "Eigenmietwert" und folgerichtig auch den Abzug der Schuldzinsen. Obwohl der steuerliche Abzug von Schuldzinsen fast von allen Fraktionen als falscher Anreiz zum Schuldenmachen verstanden wird, sind gerade die bürgerlichen Parteien CVP, FDP und SVP gegen diese Initiative, weil auf nationaler Ebene bereits mildere Vorstösse in diese Richtung am Laufen seien. Unterstützt von glp, SP und EDU (!) erreicht die Initiative 48 Stimmen, was nicht für die Überweisung ausreicht.

Einzelinitiative zum Energiegesetz von Hans Zürrer (Barbara Schaffner)

Neue Gebäude mit zentraler Wärmeversorgung für mindestens drei Nutzeinheiten sollen mit Geräten zur Erfassung des individuellen Wärmeverbrauchs für Heizung und Warmwasser ausgerüstet werden. Auch bestehende Gebäude sollen mit wenigen begründeten Ausnahmen nachgerüstet werden. Ein im Rahmen der glp-Energiepolitik sinnvolles Anliegen, das wir gerne unterstützen. Die SVP ist erwartungsgemäss gegen neue Vorschriften, die FDP ist einmal mehr "grundsätzlich dafür" und hält die individuelle Messung des Wärmeverbrauchs für sinnvoll, aber genau in diesem Punkt setzt sie auf "Freiwilligkeit" und lehnt ab! Dank Unterstützung auch von EVP, Grünen und SP kommen 64 Stimmen zu Stande, die zur Überweisung ausreichen.

Einzelinitiative zur Abschaffung des Bankgeheimnisses von Ursula Lörcher

Das Bankgeheimnis wurde in den letzten Jahren stark gelockert und die Banken zur Auskunft gegenüber Steuerbehörden verpflichtet. Eine völlige Abschaffung scheint uns derzeit gerade als kantonale Initiative nicht sinnvoll. Die Initiative kommt nicht zu Stande.

Parlamentarische Initiative zum Energiebericht des Regierungsrates (Barbara Schaffner)

Im September 2014 wurde der Energiebericht des Regierungsrates im Kantonsrat abgelehnt, hauptsächlich weil darin der Atomausstieg als Ziel nicht einmal erwähnt wurde. Regierungsrat Kägi liess trotzig mitteilen, dass er nicht gedenke, seinen Bericht zu überarbeiten. Ein Bericht, dessen Ablehnung keinerlei Konsequenzen hat, macht wenig Sinn. Deshalb verlangt die von Barbara Schaffner mitunterzeichnete Initiative, dass der Energiebericht – analog zu einem abgelehnten Budget – so lange überarbeitet werden muss, bis er die Zustimmung des Kantonsrates findet. Erstaunlicherweise wendet sich neben der energiepolitisch wankelmütigen FDP auch die CVP, die den Bericht abgelehnt hatte, gegen diese Initiative. Dank Grünen, SP und BDP kommen 69 Stimmen zur vorläufigen Unterstützung zusammen.